



Aargauische Industrie- und
Handelskammer

Entfelderstrasse 11, Postfach
CH-5001 Aarau

Departement Bau, Verkehr und Umwelt
Abteilung Verkehr
Entfelderstrasse 22
5001 Aarau

Ort, Datum
Aarau, 21. Februar 2007

F:\DATA_IHK\10_Politik\Vernehmlassungen\2007\mehrfjahresprogramm oev.doc

Ansprechperson
Peter Lüscher

Telefon direkt
062 837 18 01

E-Mail
peter.luescher@aihk.ch

Vernehmlassungsverfahren Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr; Anhörungsbericht vom 20. Dezember 2006

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die uns mit Schreiben vom 3. Januar 2007 eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme. Die umfassende Gesamtplanung für den öffentlichen Verkehr wird von uns begrüsst und stellt eine gute Grundlage für die Erstellung der Botschaft an den Grossen Rat dar. Zum Inhalt der Vorlage haben wir folgende Bemerkungen anzubringen:

Die Orientierung der langfristigen Planung von Verkehrsangeboten und Infrastrukturen an der Nachfrage wird von uns unterstützt. Auf bloss Wünschbares ist zu verzichten, die Kosten-Nutzen-Relation von ins Auge gefassten Fahrplanausweitungen ist jeweils kritisch zu prüfen. Wir sind mit der Stossrichtung einverstanden, stark frequentierte Strassen mittels einer Verbesserung des Modal Split zugunsten des öV zu entlasten. Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Agglomerationen und auf den Hauptachsen ist deshalb zu begrüssen. Dadurch kann ein Anreiz zum Umstieg geschaffen werden. Auf frequenzschwachen Strecken ist eine Beschränkung des Angebots auf das Notwendige, verbunden mit einer Förderung des kombinierten Verkehrs (P+R-Angebote), angezeigt.

Der Mehrjahresplan öV befasst sich schwergewichtig mit dem Angebot im Personenverkehr. Der für unsere Mitgliedunternehmen wichtige Güterverkehr wird in der Vorlage nur gestreift. Mit Blick auf das auch vom Regierungsrat angestrebte Wirtschaftswachstum darf dieser Aspekt aber nicht vernachlässigt werden. Aus unserer Sicht ist nicht nur eine drohende Einschränkung des regionalen Personenverkehrs auf der Schiene ein Problem. Die zunehmende Verdichtung des regionalen Personenverkehrs (notabene mit hohen Betriebssubventionen erkaufte) erschwert mehr und mehr die Güterverkehrsversorgung der Industrie. Der Viertelstundentakt (S-Bahn) verunmöglicht teilweise die Güterzustellung während dem Tag - verschiedene Unternehmen beschwerten sich darüber. Mit der im Kapitel 2.8 deklarierten Haltung, der Kanton habe im Schienengüterverkehr keine aktive Rolle zu spielen, sind wir deshalb nicht einverstanden. Diese Haltung steht in Widerspruch zur Förderung der aargauischen Standortqualität, da ansiedlungswillige Unternehmen auch (Güter-)Verkehrsprobleme zu bewältigen haben. Die Rolle des Trassenpreises als entscheidendes Kriterium zum Erfolg der Verlagerung im Güterverkehr kann nicht einfach ausgeblendet werden. Der Kanton Aargau soll klar zum geplanten Gateway-Terminal im Limmattal Stellung (Kap. 2.8.4) beziehen. Wir unterstützen die vom Kanton Aargau im Rahmen von ZEB gegenüber Bund und SBB erhobenen Forderungen, insbesondere nach

Realisierung des Wisenberg隧nels. Wir ersuchen Sie, die im Vernehmlassungsbericht skizzierte Haltung zum Güterverkehr im Sinne unserer Ausführungen zu überprüfen.

Die Kostenentwicklung im öffentlichen Verkehr muss im Auge behalten und darüber periodisch Bericht erstattet werden. Die im Bericht aufgezeigte Erhöhung der kantonalen Abgeltungen um 3,3 % jährlich ist sehr hoch. Eine über dem Wirtschaftswachstum liegende Kostensteigerung ist aus unserer Sicht problematisch.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen bei der Weiterbearbeitung der Vorlage.

Freundliche Grüsse

AARGAUISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER
Geschäftsstelle

Peter Lüscher Doris Wobmann
Vorsitzender der Geschäftsleitung lic. iur., Rechtsanwältin